



ARBEITER*INNEN STANDPUNKT

FÜR REVOLUTION, RÄTEDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS

Zeitung der österreichischen Sektion der Liga für die Fünfte Internationale | Nr. 291 | Jun. 2022 | Preis: Spende



JEDEN MONAT ALLES TEURER?

ALEX ZORA

Mittlerweile spüren wir es alle. So gut wie alles wird teurer und teurer. Statt wie früher 99 Cent kostet ein Salat jetzt schon meist 1,49 €. Schlimmer als bei Lebensmitteln ist es sogar bei den Energiepreisen, viele Haushalte erleben hier eine Steigerung um mehr als die Hälfte.

In den Medien lesen wir als Erklärung hierzu nur allzu oft, dass der Krieg in der Ukraine verantwortlich wäre für die Steigerung der Preise, doch das ist nur ein Mosaikstein im globalen Wirtschaftssystem, das vor großen Problemen steht.

In Österreich ist die Inflation seit einem Jahr mehr oder weniger konstant am Steigen. Waren es letzten April noch nicht einmal 2 %, erreichte die Inflation im August 2021 schon die 3 % Marke, im November 4 %, im Jänner 5 % und aktuell schon mehr als 7 %. Österreich ist dabei keine Ausnahme, sondern reiht sich in eine globale Entwicklung der Preise ein. Die aktuellen Inflationsraten sind in vielen Ländern die höchsten seit Jahrzehnten – so auch bei uns. Doch was heißt das konkret für die Menschen in Österreich? Die Inflationsrate wird über den Verbraucherpreisindex berechnet, der den durchschnittlichen

Konsum von Haushalten darstellen soll. Uns ist aber nun allen klar, dass nicht alle Haushalte gleichermaßen ihr Geld ausgeben. Dazu kommt noch, ►

Inhalt:

Inflation	S.1
Gewerkschaft	S.3
SPÖ und Lobau	S.4
China	S.5

www.arbeiterinnenstandpunkt.net

dass – gerade wenn alles teurer wird – man nicht alle Ausgaben, die in einem Jahr anfallen, jedes Monat tätigen muss. Deshalb wollen wir uns hier kurz die größten Posten bei den Preissteigerungen ansehen.

Die wichtigsten Preistreiber sind aktuell Ausgaben für Verkehr mit einem plus von 17,7 % gegenüber dem Vorjahr – hier ist vor allem der Individualverkehr betroffen, öffentliche Verkehrsmittel weniger. Zentral hierbei war der fast 50 %-Anstieg der Spritpreise. Nach dem Verkehr kommen die Wohn- und Energiekosten, die mit 9,4 % gestiegen sind. Diese beiden Posten waren für insgesamt drei Fünftel der Inflation verantwortlich. Dazu kommen noch sehr stark angestiegene Lebensmittelpreise mit 8,4 %. Wir sehen hier also, dass wesentliche Güter des täglichen Bedarfs, deren Kauf für die meisten Menschen nicht einfach nach hinten verschoben werden kann (Wohnen, Energie, Lebensmittel, Sprit) noch einmal überproportional stark gestiegen sind. Der Preis des sogenannten Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf repräsentieren soll, stieg im April sogar um 14,4 %!

Doch nur weil das Problem sich lokal und unmittelbar äußert, heißt das nicht, dass die Ursachen dafür auch darin begründet liegen. Immerhin erleben wir aktuell die höchsten Inflationsraten seit Jahrzehnten nicht nur in Österreich, sondern rund um die ganze Welt. Die Ursache dafür lässt sich nicht unmittelbar auf einen einzigen Faktor zurück führen sondern ist vielschichtig. Auf der einen Seite waren die Jahre 2020 und 2021 vielerorts von einem deutlichen Rückgang des Konsums geprägt. Seitdem die meisten westlichen Staaten so gut wie jegliche Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie aufgegeben haben, wurde einiges an Konsum nachgeholt und damit die Nachfrage erhöht. Doch ein zu simples Bild

von Angebot und Nachfrage reicht nicht aus um die aktuellen Inflationsraten zu erklären.

Dazu kommen noch wesentliche Probleme des globalen Kapitalismus. Seit Monaten erleben wir gravierende Probleme in den globalen Produktions- und Lieferketten. Das in den letzten Jahren eingeführte System von „just in time production“ – also der direkten Weiterverarbeitung von angelieferten Gütern ohne viel Bedarf für große Lagerhäuser – ist an seine Grenzen gestoßen. Wer sich aktuell etwas liefern lassen möchte spürt das am eigenen Leib. Was früher in weniger Wochen geliefert wurde, braucht aktuell viele Monate. Dazu kommt auch die Tatsache, dass viele Länder massiv in der Coronakrise Geld ausgaben um die strauchelnde Wirtschaft zu stützen. Das war zwar ähnlich wie in der letzten großen Wirtschaftskrise 2008/09, doch im Gegensatz zu damals konnte China nicht im selben Ausmaß billige Konsumgüter zur Verfügung stellen. Mittlerweile haben die großen Zentralbanken ihre Politik des „billigen Geldes“, also der extrem niedrigen Leitzinsen, aufgegeben. Die US-Zentralbank (FED) hat dieses Jahr den Leitzins (also wie teuer sich Banken bei der Zentralbank Geld borgen können) schon zweimal erhöht. Die europäische Zentralbank (EZB) war hier deutlich zögerlicher und hier steht eine Erhöhung des Leitzinses erst für den Sommer an. Von dieser Seite werden wir uns allerdings auch in diesem Fall wenig Erleichterung für unsere Geldbörsen und Ersparnisse erwarten können.

Die österreichische Regierung ist bisher mehr als untätig im Kampf gegen die Inflation. Bis auf kaum mehr als symbolische Maßnahmen wie den 150-Euro Energiekostenzuschuss, die Erhöhung der Pendlerpauschale oder den Teuerungsausgleich in der Höhe von 300 Euro für Bezieher*innen von Mindestsi-

cherung und Mindestpension, war die Bundesregierung bisher unfähig die massiven Teuerungen für den Großteil der Bevölkerung, insbesondere die Menschen mit geringerem Einkommen, abzufangen. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, dient die Bundesregierung doch in erster Linie den Interessen des österreichischen Kapitals und nicht der großen Mehrheit der Bevölkerung. Wir wollen uns nicht als Bedürftige mit Almosen abspesen lassen, sondern Forderungen entwickeln mit denen wir selbst aktiv werden können. Eine wesentliche Rolle müssten hier die Gewerkschaften spielen, die aber bisher auf die Entwicklungen lediglich mit bescheidenen Kollektivvertragsabschlüssen reagierten.

Was es statt den Almosen und der Untätigkeit der Gewerkschaften bräuchte ist ein Programm gegen die Teuerung und für die Macht der Arbeitenden:

- *Automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation. Dasselbe gilt für alle Sozialleistungen sowie für Mindestsicherung, Arbeitslosengeld und Pensionen!*
- *Deckelung der Preise in zentralen Sektoren (Energie, Wohnen, Grundnahrungsmittel, etc.)*
- *Enteignung unter Arbeiter*innenkontrolle aller Betriebe, die sich den Preiskontrollen widersetzen oder behaupten sie nicht durchführen zu können*
- *Enteignung aller Energiekonzerne unter Arbeiter*innenkontrolle*
- *Einführung von kostenlosen öffentlichen Verkehrsmitteln*
- *Verstaatlichung der Banken und Zusammenführung dieser zu einer zentralen Staatsbank, welche den kleinen Unternehmen und der arbeitenden Bevölkerung billige Kredite für sinnvolle Ausgaben und Investitionen zur Verfügung stellen kann*

GEWERKSCHAFTEN GEGEN INFLATION - 0:1

MICHAEL MÄRZEN

Die Frühjahreslohnrunde der Kollektivverträge fand vor dem Hintergrund einer lange nicht mehr gesehenen hohen Inflation statt. Die Verhandlungen in der Textil-, der Elektro-/Elektronik-, der Papier-, der Chemischen und der Glashüttenindustrie haben ihren Abschluss gefunden.

Die Ergebnisse fallen aus Sicht der Beschäftigten dürrig aus – und das ohne eine ernstzunehmende gewerkschaftliche Auseinandersetzung. Im April diesen Jahres ist die Inflation in Österreich auf 7,2 % (Verbraucherpreise) gestiegen, so hoch war sie zuletzt im Jahr 1981, infolge des ersten Golfkrieges. Dabei sind die Preissteigerungen für die lohnabhängige Bevölkerung tendenziell noch höher.

Denn deren Ausgaben setzen sich stärker aus noch teurer gewordenen Produkten zusammen, als es die allgemeine Inflationsrate abbildet. So waren Verkehr und Wohnen die stärksten Preistreiber. Für Haushaltsenergie zahlt man heute 29 % mehr als im Vorjahr. Wer auf Kraftstoff für ein Auto angewiesen ist, muss nun um die Hälfte mehr zahlen. Der Mikrowarenkorb, der einen täglichen Einkauf abbilden soll, liegt mit 7,7 % über den Verbraucherpreisen, der Miniwarenkorb, für einen wöchentlichen Einkauf, gar bei 14 %. Da ist es kein Wunder, dass selbst das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) für heuer mit 2,3 % den höchsten Reallohnverlust seit 1955 voraussagt. Was machen in dieser Situation die Gewerkschaften? Hier die

Verhandlungsergebnisse in Bezug auf die Erhöhung der Ist-Löhne und -Gehälter in chronologischer Reihenfolge:

- Textil: 4,2 %
- Elektro: 4,8 %
- Papier: 4,75 %
- Chemie: 4,75 %
- Glas: 4,8 %

Die Abschlüsse liegen zwar tendenziell höher als in den letzten Jahren aber deutlich unter den Preissteigerungen. Wohlwollende Stimmen werden darauf erwidern, dass in den Kollektivvertragsverhandlungen die durchschnittliche Inflation der letzten 12 Monate seit den letzten Verhandlungen als Gesprächsbasis genommen wird und diese eben niedriger war als die aktuelle Inflation.

Für die lohnabhängige Bevölkerung, die im Hier und Jetzt mit den Teuerungen zu leben hat, ist das allerdings nur ein schwacher Trost. Eine Studie der Johannes Kepler Universität zeigte unlängst, dass schon fast jede dritte Person in Österreich aufgrund der Teuerung den eigenen Einkauf einzuschränken plant. Darunter fallen natürlich auch Personen, die bisher schon finanzielle Schwierigkeiten hatten und sich das Leben nun tatsächlich nicht mehr leisten können. Je größer der Preisanstieg, umso schwieriger ist der Alltag für die Lohnabhängigen finanziell zu bewältigen. Da kann man nicht auf die vergangene Inflation und den potentiell nächsten KV-Abschluss verweisen. Die Gewerkschaften hätten durchaus mehr bei der Frühjahreslohnrunde herausholen können, hätten sie tatsächlich einen Kampf gewagt. Lediglich in der

Elektro-/Elektronikindustrie kam es kurzzeitig zu Betriebsversammlungen, ein angedrohter Warnstreik fand jedoch nicht statt. Wieder einmal wurde das kämpferische Potential der österreichischen Arbeiter*innenklasse ignoriert und nicht einmal im Ansatz genutzt. Doch die hohe Inflationsrate zeigt auf, dass eine Anpassung einmal im Jahr nicht ausreicht, um den Lebensstandard zu sichern. Auch wenn die Teuerung nach einem Jahr rückwirkend ausgeglichen werden würde, der Lebensstandard fiel wieder bis zum nächsten Ausgleich. Daher ist es wichtig die Forderung nach gleitenden Löhnen wieder in der Arbeiter*innenbewegung zu verankern. Das bedeutet eine regelmäßige, automatische Anpassung der Löhne an die Inflation. Die Gewerkschaften in Österreich haben eine solche Forderung bisher kategorisch abgelehnt, mit dem Argument man könne in „freien“ Verhandlungen mehr herausholen. Aber was genau die Basis für solche Anpassungen ist, d.h. bspw. welcher Warenkorb und wer den ganzen Prozess kontrolliert, ist selbst Gegenstand des Klassenkampfes. Und der Klassenkampf ist mit der Inflation bei weitem nicht erledigt, sondern sollte ohnehin offen um den Mehrwert geführt werden, welchen sich das Kapital von den Arbeiter*innen aneignet. Auch könnten die Gewerkschaften den Kampf um den Mehrwert von der betrieblichen auf die gesellschaftliche Ebene tragen, wo es um so wichtige Fragen geht wie die Finanzierung zur Bewältigung der Klimakrise, Arbeitszeitverkürzung oder geschlechtergerechte Verteilung der Reproduktionsarbeit. ★

„LOBAU BLEIBT“ UND DIE SPÖ

AVENTINA HOLZER

Auch nach der Räumung der Baustellen bleibt die Stadtstraße ein heißes Thema. Die Bewegung gegen den Straßenbau ist noch lange nicht in die Knie gezwungen und machte mit den Aktionswochen rund um den SPÖ-Parteitag am 28. Mai wieder Wind. Heiß diskutiert wurde bei der SPÖ die Position zur Stadtstraße und damit zusammenhängend auch der schon verhinderte Lobautunnel.

An sich gibt es in der SPÖ auch Gegenstimmen. Speziell die Junge Generation und die Sozialistische Jugend haben sich nach einiger Zeit des Schweigens gegen die Position ihrer Mutterpartei gestellt – allerdings noch kaum versucht etwas aktiv dagegen zu tun. Auch einzelne Bezirksgruppen stellen sich gegen die Führung – die Bezirksgruppe Alsergrund zum Beispiel. Diese stellt auch gemeinsam mit der Jungen Generation den einzigen Gegenantrag zur Stadtstraße und einen zusätzlichen, der sich gegen den motorisierten Individualverkehr ausspricht. Beide sind in der Abstimmungsempfehlung der SPÖ-Bürokratie (Prüfungskommission) mit „Ablehnung“ markiert. Aber warum hält die SPÖ so verbissen an der Stadtstraße fest? Welche Chancen gibt es, dass die SPÖ ihren Kurs hier ändert? Und warum ist die Bewegung rund um „Lobau bleibt“ trotz monatelanger Besetzung und Protesten auf der Straße immer noch von relevanten Teilen der Wiener Bevölkerung isoliert?

Warum hält die SPÖ so verbissen fest an der Stadtstraße?

Was bereits oft erwähnt wird, sind die Interessen der STRABAG, Porr und weiterer Baukonzerne. Die SPÖ hat starke Verknüpfungen mit einigen dieser Unternehmen und hat auch der Wirtschaftskammer mehrfach zugesichert, dass der Bau des Lobautunnels kommen werde. Zeitgleich geht es auch viel um den Zuzug von Industrie und Großkonzernen und den damit verbundenen Wohnraummöglichkeiten von Arbeitskräften. Die SPÖ versucht all diese Punkte hinter einer angeblichen „sozialen Frage“ zu verstecken – der Ausbau von sozialem Wohnbau in der Seestadt sei nur durchführbar, wenn die Stadtstraße gebaut wird. Erst dann könnten auch die Öffi-Verbindungen ausgebaut werden. Aber tatsächlich sind diese angeblichen Kriterien nichts als eine faule Ausrede, um die Seestadt und das Umland nicht besser mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erschließen. Die städtische Umweltverträglichkeitsprüfung, laut der die Stadtstraße eine Voraussetzung darstellt, ist von der Regierung zusammengestellt worden. Zusätzlich ist der Bau von Wohnungen dort nicht einfach ein Ausbau des sozialen Wohnbaus. Der Großteil der Wohnungen ist nicht gefördert und die die es sind, haben trotzdem meistens höhere Genossenschaftsbeiträge – Gemeindebauwohnungen wurden lange nicht mehr gebaut. Dass Autofahren auch ein gewisses Wähler*innenpotenzial hat, kann man dabei nicht verneinen – obwohl das im

Kontrast zu einer überwältigenden Mehrheit der Jugend, die sich vom motorisierten Individualverkehr abkehrt, nicht als Argument zählen sollte.

Welche Chancen gibt es, dass die SPÖ ihren Kurs hier ändert?

Einer der Leitanträge beim Landesparteitag spricht Klartext über die Position des Wiener Vorstands. Die Stadtstraße sei essenziell, klimafreundlich und sozial. Sie wird im Kontext eines Stadtausbaus gesehen, der nur auf diese Art und Weise passieren könne. Gleichzeitig wird von Öffi- und Radwegausbau gesprochen, was die SPÖ Jahr für Jahr verspricht aber bei weitem nicht ausreichend liefert. Durch die schlechte öffentliche Anbindung wird das „Verkehrschaos“ in der Seestadt ja erst recht befeuert, weshalb ein Straßenausbau überhaupt so unerlässlich wirkt. Der Gegenantrag ist da schon um einiges näher an der Realität dran und beschreibt die dramatischen Auswirkungen von weiterem Ausbau des Straßennetzes, der Bodenversiegelung und der Bedrohung von einem Naturschutzgebiet. Wie es kaum anders zu erwarten war, wurde der Antrag der Parteiführung angenommen. Vor allem weil die Jugendorganisationen es verpasst haben stärker Druck aufzubauen. Einige sind sehr involviert und bieten damit der SPÖ die Stirn, viele geben aber nach und der Protest in den eigenen Reihen wirkt zahnlos. Was bringt eine Jugendorganisation, die sich selbst als links der SPÖ sieht und darstellt, aber es dann

nicht schafft konsequent, stark und offen gegen die eigene Partei vorzugehen und ihren Weg zu verändern?

Warum ist die Bewegung immer noch isoliert?

Aber der Fehler liegt nicht nur bei der SJ und der Jungen Generation. Auch die „Lobau bleibt“ Bewegung hat es nicht geschafft, einen Anschluss an wichtige Teile der Bevölkerung zu finden. Zwar ist der Zusammen-

schluss der wichtigsten österreichischen Klimaorganisationen etwas historisches, die restliche Linke und vor allem die breitere Öffentlichkeit findet aber wenig Zugang. Das liegt unter anderem daran, dass man oft sehr radikale Aktionsformen zum Mobilisieren verwendet, es aber bisher weder geschafft noch besonders offensiv versucht hat in die Gewerkschaftsbewegung hinein zu wirken. Mit Taktiken von autonomen Kräften kann nicht dasselbe erreicht werden

wie durch eine tatsächliche Organisation und Demokratisierung der Bewegung. Ansätze, wie der Plan eine größer angelegte Strategiekonferenzen oder auch die Versuche unterschiedliche linke Gruppen miteinzubeziehen sind der Schlüssel zum Sieg. Damit kann Druck aufgebaut und das fossile Straßenprojekt der SPÖ von unten gestoppt werden. ★

CHINA UND DIE NEUE WELTLAGE: QUO VADIS?

RESA LUDIVIEN

Gruppe ArbeiterInnenmacht (D)

Die letzten Monate haben das weltweite Machtgefüge ins Wanken geraten lassen. Doch der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine wirkt sich nicht nur auf das Verhältnis der NATO zu Russland oder die EU aus, sondern auch auf halbkoloniale Länder und den plötzlich etwas leiseren, weiteren Anwärtler auf die Hegemoniestellung: China.

Der Krieg um die Ukraine

China hält sich in Fragen zum Krieg in der Ukraine auffällig bedeckt. Hilfszahlungen sind marginal und selbst eine politische Beteiligung an der „Lösung“ des Konfliktes scheint nicht in Sicht. Hintergrund für diese Haltung bildet der Umstand, dass es sich in einer zwiespältigen Lage befindet. Einerseits ist es Verbündeter Russlands. Sie sind nicht nur beide autoritär regiert, sondern wollen auch ein Gegenstück zum Westen darstellen. Durch die derzeitige westliche Russlandpolitik, insbesondere auch durch die Sanktionen, wird Russland noch

näher an China gedrängt. Der ökonomische Austausch wird voraussichtlich auch steigen, da China ein wohlwollender Abnehmer für russische Rohstoffe ist, die jetzt im Westen „verbrannt“ sind. Andererseits kommt China der Krieg denkbar ungelegen. Innenpolitisch steht die Regierung wegen Corona unter Zugzwang und der außenpolitische Druck erhöht sich stetig. Vor allem die USA nutzen den bereits bestehenden Konflikt mit der Volksrepublik, um ihr auch mit Sanktionen zu drohen. Trotz der Verbundenheit mit Russland, die weiterhin besteht, hätte sie nichts davon, sich zu offen zu positionieren oder am Krieg zu beteiligen, da sie damit einhergehende, schwer kalkulierbare Risiken fürchtet. Indirekt könnte sie zwar dennoch profitieren durch eine Verwicklung Russlands und der NATO in einen langen Krieg und indem sie sich gegenüber den Halbkolonien als „friedliche“ Alternative präsentiert.

Ost-West 2.0?

Der Angriffskrieg in der Ukraine hat dazu geführt, dass eine Neupositio-

nierung für eines der beiden großen Lager (pro und contra NATO) nicht nur bei russischen Nachbar*innen angestoßen wurde, sondern auch die Frage der „Verteidigung“ in sonst „neutralen“ Staaten diskutiert wird. Neben Russland steht auch China auf der Anti-NATO-Seite. Eine russische Niederlage würde daher auch Konsequenzen für seine Expansionsbestrebungen haben, da unklar ist, was auf Putin folgt. Für die chinesische Regierung käme ein Regierungswechsel zu einem prowestlichen Regime im Nachbarland einer Schwächung gleich.

Die inneren Krisen in China, allen voran die Pandemie, aber auch eine nahende wirtschaftliche Krise, deren Ursache die massive Überakkumulation von Kapital bildet, setzen die KP noch zusätzlich unter Druck. Bereits jetzt ist die Stimmung schlecht. Immer mehr Menschen äußern ihre Unzufriedenheit und Verzweiflung wegen der Coronamaßnahmen sowie der dadurch entstandenen ökonomischen Einschränkungen wie fehlender Lohn und ausbleibende Nahrung, ganz zu schweigen von einer noch krasserer Einschränkung

demokratischer Rechte. Die Expansionsbestrebungen sind auf ökonomischer Ebene vor allem im Projekt „Neue Seidenstraße“ zu erkennen. Doch nicht nur China selbst, sondern auch Länder, die sich ihm angenähert haben, sind von der derzeitigen Krise betroffen. Sie hat bereits Pakistan und Sri Lanka erfasst. Das Versprechen von Wohlstand und Modernisierung nach chinesischer Manier, die das Projekt „Neue Seidenstraße“ mit sich bringen sollte, kann derzeit nicht eingehalten werden.

Im Gegenteil. Bisher hat die chinesische Regierung nur wenig getan, um ihren Verbündeten finanziell zu helfen. Dies führt sogar dazu, dass sich solche Länder zumindest zeitweilig wieder stärker am Westen orientieren – weil sie sich gezwungen sehen, mit dem IWF Vereinbarungen zu treffen, um den Bankrott abzuwenden und das Land zu stabilisieren. Einerseits kann das als Versuch

realen Interessen, die Länder wie Russland oder China verfolgen, und damit auch den realen Konflikt zwischen den sich formierenden imperialistischen Blöcken. Es geht nicht um „Demokratie und Freiheit“ vs. „Autoritarismus und Diktatur“, sondern um die Neuaufeilung der Welt.

Taiwan

Eine Besonderheit Chinas im derzeitigen Konflikt ist die Verbindung mit der Taiwanfrage. So versucht das Land seit Jahren auf politischem Wege und zuletzt mit immer mehr militärischer Drohkulisse, Taiwan „zurückzuholen“. Letzteres, eine kleine Insel, im strategisch wichtigen Ostchinesischen Meer, war zwar nie Teil der Volksrepublik, aber die Rhetorik der KP versucht dennoch, die Geschichte für sich günstig umzuzeichnen.

Einen Angriff des gut ausgerüsteten chinesischen Militärs würde Taiwan als Staat, der von vielen Ländern

men zwischen Australien, Britannien und den USA) zu schaffen, um China zu isolieren.

Kontrolle nach innen = Stärke nach außen?

Wer das kapitalistische System studiert, weiß, dass ökonomischer Aufschwung und schnelles Wachstum nicht dauerhaft anhalten können und nicht nur von individuellen oder nationalen Bemühungen abhängen. Auch wenn die Expansion des Kapitalismus in China ungewöhnlich lange anhielt, scheint deren Endlichkeit nun auch das Land erfasst zu haben. War „made in China“ noch vor einigen Jahren ein spöttischer Ausdruck dafür, wie sich die Blüte der chinesischen Wirtschaftskraft auf alle Kontinente erstreckte, ist die Volksrepublik nun ökonomisch angeschlagen. Sie kann, anders als vor 10 Jahren nicht mehr den Motor der Weltwirtschaft spielen, auf den man sich angesichts der sich anbahnenden internationalen Krise stützen könnte. Der politische und ökonomische Druck von außen auf China ist gestiegen. Doch Beijing will zuerst die Krisen im Innern angehen.

Das jahrhundertalte Konzept der inneren Harmonie, das als philosophische Grundlage den starken Fokus auf innere Angelegenheiten und Kontrolle bereits in vorkapitalistischen Zeiten setzte, bestimmt auch jetzt das Krisenmanagement der KP. Die Konzentration auf die Innenpolitik prägte auch den Volkskongress, der Anfang März stattfand – einer der wichtigsten Termine in der chinesischen Politik. Der wichtigste kommt freilich noch: der Parteitag im November 2022. Die oben bereits benannten Krisen versucht man, im Alleingang, und ohne großes Aufsehen zu erregen, zu lösen.

Das Problem liegt dabei aber darin, dass nicht nur Pandemie, sondern auch Inflation globale Phänomene

“Nur einen Antagonismus zwischen „dem Westen“ und allen anderen, autoritären und nicht halbkolonialen Ländern (vor allem östlich von Europa) zu sehen, ignoriert aber die realen Interessen, die Länder wie Russland oder China verfolgen, und damit auch den realen Konflikt zwischen den sich formierenden imperialistischen Blöcken.

der Schwächung des chinesisch dominierten Blocks gesehen werden. Andererseits dürfen diese „Hilfen“ nicht romantisiert werden, da die Arbeiter*innenklasse weder von der einen noch anderen Dominanz einen tatsächlichen Vorteil hat. Inwiefern Länder wie Pakistan wieder aus dem chinesischen Einfluss gelöst werden können, bleibt abzuwarten. Nur einen Antagonismus zwischen „dem Westen“ und allen anderen, autoritären und nicht halbkolonialen Ländern (vor allem östlich von Europa) zu sehen, ignoriert aber die

auf Druck Chinas nicht einmal anerkannt ist, alleine nur schwer überstehen. Die Einnahme würde die chinesische Seegrenze in Richtung USA und Japans verlegen. Taiwan setzt daher im Angriffsfall seine Hoffnung auf die USA, welche ihrerseits bereits zugesagt hat, es zu verteidigen. Diese hypothetische Konstellation bildet jedoch nur ein mögliches Szenario einer kriegerischen Konfrontation. Zur Zeit arbeiten die USA unter Biden daran, in Ostasien bestehende militärische Bündnisse zu stärken und neue wie z. B. AUKUS (Abkom-

sind. Um der Wirtschaftskrise im Land selbst entgegenzuwirken, wird versucht, „kontrolliert“ Kapital zu vernichten. Damit sollen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen begrenzt werden. Bei der gesamten Problemstellung handelt es sich jedoch um eine Art Quadratur des Kreises. Der Zweck der Krise besteht, innerkapitalistisch betrachtet, gerade darin, überschüssiges, nicht mehr konkurrenzfähiges Kapital zu zerstören, um so einen neuen Zyklus produktiver

Nationalismus und Repression befördert. Für die Arbeiter*innen bedeutet das weitere Einschränkungen. Eine nach außen gerichtete Krisenpolitik würde zwangsläufig zu einer Erstarkung der Achse Beijing-Moskau und einem Einspannen bereits verbündeter Regionalmächte, also Blockbildung, führen. Für die Aufrüstungsspirale und Kriegsgefahr wären das nur Brandbeschleuniger. Klassenkampf in China
Die chinesische Arbeiter*innenklas-

und innenpolitische Krise sowie der Systemkampf der KP mit den USA fordern ein Aktionsprogramm für den Klassenkampf in China. Die Krise wird sich weiter verschärfen. Es braucht eine gemeinsame Organisation um ein solches herum gegen die Krise, damit Lohnabhängige, Bauern*Bäuerinnen und Unterdrückte nicht die Quittung für die Krise erhalten. Bereits jetzt gibt es lokale Kämpfe, Organisation im Kleinen und im Untergrund oder spontane Aktionen im Betrieb. Es braucht einen gezielten Aufbau und eine Vernetzung der Kampfstrukturen auch über die großen Städte hinaus auf dem Land. Da legale Arbeit in China so gut wie unmöglich ist, kann nicht nur auf erlaubte Möglichkeiten zurückgegriffen werden, sondern der Aufbau einer revolutionären Partei muss auch mit illegaler Untergrundtätigkeit verbunden werden. Eine revolutionäre Partei in China muss mit der Politik der KP-Führung brechen und von der Erkenntnis ausgehen, dass es sich von einem degenerierten Arbeiter*innenstaat hin zu einer imperialistischen Macht entwickelt hat. Die chinesische Arbeiter*innenklasse hat nichts, davon sich hinter die Kriegsrhetorik der Regierung einzureihen. Ganz im Gegenteil. Dieser Fokus nach außen dient nur, um Widersprüche im Innern zu vernebeln wie den Angriff auf die Lebensgrundlage von Arbeiter*innen oder die Beschränkung von demokratischen Rechten wie der Pressefreiheit oder die Unterdrückung von Minderheiten. Auch in China gilt wie in jedem imperialistischen Staat: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Lasst die Kapitalist*innen für die Krise zahlen! Bekämpft die Militarisierung und den Nationalismus! ★

“Eine revolutionäre Partei in China muss mit der Politik der KP-Führung brechen und von der Erkenntnis ausgehen, dass es sich von einem degenerierten Arbeiter*innenstaat hin zu einer imperialistischen Macht entwickelt hat.

Neuinvestitionen und einer Erneuerung des Kapitalstocks einzuleiten. Je größer die Masse des überakkumulierten Kapitals, je mehr dieses auch die Finanzsphäre ergriffen hat und spekulative Blasen die Summen fiktiven Kapitals erhöht haben, desto heftiger muss die Zerstörung durch die Rezession ausfallen, damit die Grundlagen für einen neuen expansiven Zyklus gelegt werden können. Dies inkludiert aber auch eine enorme Zuspitzung der Klassenkonflikte. Reales kapitalistisches Eigentum muss zerstört werden. Vor allem aber bedeutet dies auch die Stilllegung von Betrieben und Massenentlassungen von Arbeiter*innen. Die KP fürchtet solche Konflikte und ist ihrer wohl bewusst. Daher greift sie auf Repression und Überwachung in extremer Form zurück. Zugleich versucht sie aber auch, das Zerstörungswerk der Krise „kontrolliert“ durchzuführen. Dies schließt aber notwendigerweise ein, dass überschüssiges Kapital nicht zerstört, sondern fortgeschleppt und damit die Ursache der Krise nicht beseitigt wird. Eine weitere Reaktion auf Weltwirtschaftskrisen ist die vermeintliche Stärkung nach innen, die allerdings

se ist die größte der Welt. Kein Wunder also, dass man gerade versucht, diese niederzuhalten, um das Land zu kontrollieren. Ihr Potenzial, einen nationalen Umsturz oder eine gar internationale Bewegung einzuleiten, ist enorm. Jedoch sind auch die Hürden Repression und Unterdrückung massiv. Es gab in der Vergangenheit und auch in den letzten Jahren bereits unzählige Arbeitskämpfe. Aufgrund der eingeschränkten Versammlungsfreiheit, keiner Möglichkeit zur freien Organisation und des ausgebauten Überwachungsapparats blieben die Kämpfe jedoch oft auch lokal beschränkt und durch die Zensur auch wenig im Land beachtet. Eine der größten Bewegungen neben der in Hongkong war vor Corona die chinesische Variante der #MeToo-Bewegung, die zwar keinen Klassenstandpunkt bezog, aber es schaffte, eine solche Dynamik zu entwickeln, dass die Social-Media-Zensur nicht hinterherkam. Der Unmut über die soziale und politische Lage wird immer größer und entlud sich zuletzt gegen die Coronamaßnahmen, die ein „Überleben“ immer schwieriger machen. Die ökonomische, pandemische

WER WIR SIND

Der Arbeiter*innenstandpunkt ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. Unser Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt. Diese Gesellschaft kann nicht durch stetige Reformen erreicht werden, sondern erfordert einen radikalen, revolutionären Bruch der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den heutigen kapitalistischen Zuständen. Deshalb unterstützen wir alle Kämpfe, Aktionen und Forderungen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringen und die Keimform einer größeren, zukünftigen Arbeiter*innenbewegung sind.

Der Sozialismus, für den wir kämpfen, kann nur international geschaffen werden. Wir haben daher nichts mit den Regimen des ehemals „real existierenden Sozialismus“ gemein. In diesen Staaten herrschte nicht das arbeitende Volk, sondern eine bürokratische Kaste, die das Proletariat unterdrückte und sich selbst bereicherte. Wir treten für eine Rätedemokratie ein, d.h. die demokratische Machtausübung der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst durch direkte Wahl und Abwahl von Delegierten, auf die sich die Regierung, die Staatsgewalt und sämtliche Verwaltungsgremien stützen.

Als Arbeiter*innenstandpunkt sind wir in sozialen Bewegungen und

Klassenkämpfen aktiv und kämpfen dort für ein Programm im Sinne der gesamten Arbeiter*innenklasse. Unser Hauptanliegen ist es, die politischen und ökonomischen Teilkämpfe, z.B. am Arbeitsplatz, mit einer allgemein-politischen Perspektive zu verbinden, die über das Bestehende hinausweist und der Arbeiter*innenklasse zur Einsicht in ihr gesamtgesellschaftliches Klasseninteresse verhilft.

Der Kapitalismus fordert tagtäglich unzählige Opfer und zerstört Menschenleben – durch Hunger, Krieg und Unterdrückung. Kämpfe mit uns für den Aufbau einer neuen Partei der sozialistischen Revolution.

Spenden an „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ | IBAN AT64 2011 1844 4414 4800 | BIC GIBAAWXXX

WEITERE PUBLIKATIONEN:

zu bestellen unter:
info@arbeiterinnenstandpunkt.net

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8, 1070 Wien. Konto: 237-112-957/00 BLZ 12000 Bank Austria. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) des periodischen Druckwerks „Arbeiter*innenstandpunkt“ ist zu 100% die Partei „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8 1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiter*innenbewegung.



Broschüre zur „Aufbruch“-Kampagne: Lehren für linke Organisation

Eine Sammlung unserer Debattenbeiträge, Artikel und Flugblätter aus der Zeit als wir uns an der

„Aufbruch“-Kampagne beteiligten.
2020 - 36 Seiten A5 - 2,50 Euro



Revolutionärer Marxismus 54: Umweltkrise: Eine Krise des Kapitalismus

Der Kapitalismus sprengt die ökologischen Grenzen unseres Planets. Diese Krise kann nicht unabhängig von der zugrunde liegenden Produktionsweise getrennt werden. Mit Kritiken der Strömungen der Umweltbewegung.

2021 - 230 Seiten A5 - 10 Euro

www.arbeiterinnenstandpunkt.net